



Prof. Dr. Frank Eckardt

zur Zeit tätig an der Bauhaus Universität Weimar
mit dem Schwerpunkt in Sozialwissenschaftlicher Stadtforschung

Thematische Bezüge zum Kongress der Hessischen Europaschulen:

- Verschiedene Forschungsarbeiten über die Entwicklung von Stadtgesellschaften
- Schwerpunkt: Soziale Exklusion und benachteiligte Stadtteile
- Letzte Monographie: Die Komplexe Stadt. Orientierungen im urbanen Labyrinth (2009)
- Herausgeber des „Handbuch Stadtsoziologie“ im VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden (2012)

Schule und Nachbarschaft:

Grenzen und Möglichkeiten einer Partnerschaft

Dem Selbstverständnis moderner Gesellschaften nach sollte der Ort der Geburt und des Aufwachsens eines Menschen keine ausschlaggebende Bedeutung haben für dessen allgemeine Lebensplanung. Sowohl als Anliegen einer sozial gerechten Gesellschaft, die sich zumeist auf eine Chancengleichheit aller ungeachtet ihres Wohnortes versteht, als auch als einer auf Leistung und Verdienst orientierte Gesellschaft, in der ebenfalls die meritokratische Anerkennung unbeeinflusst von lokalen Faktoren erfolgen soll, kann im Allgemeinen gelten, dass eine Benachteiligung durch das Aufwachsen an bestimmten Orten und damit besonderen Lebensumständen als nicht akzeptabel zu gelten hat. Grundgesetzlich ist diese Auffassung teilweise im Anspruch auf die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ (Art. 72 Abs. 2 GG) mit eingeflossen, hierbei allerdings wird dieser vor allem mit Bezug auf die regionalen Unterschiede motiviert. In den juristischen und sozialpolitischen Debatten hierzu liegt der Fokus auf der Frage, inwieweit es sich um einen staatlichen Auftrag handelt, diese Gleichwertigkeit tatsächlich herzustellen und inwiefern „gleichwertig“ auch „gleich“ meint. Im Folgenden soll davon ausgegangen werden, dass mit gleichwertigen Lebensverhältnissen gemeint ist, dass die Möglichkeiten der Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben durch eine schulisch erfolgreiche Karriere gewährleistet werden muss, ohne dass diese Gewährleistung im Ergebnis von der (stadt-)räumlichen Herkunft abhängig ist.

In der öffentlichen Wahrnehmung und auch in der stadtsoziologischen Forschung besteht an der Verwirklichung dieses Anspruches erheblicher Zweifel. Diese Zweifel können als grundlegend und folgenreich angesehen werden und stellen damit ein eigenes Problemfeld dar. Gemeint ist der Zusammenhang zwischen vermuteter Benachteiligung und Wohnverhalten. Wer für sich, insbesondere aber für seine Kinder, durch das Wohnen in einem Stadtteil Nachteile erwartet, wird alle möglichen Ressourcen in Anspruch nehmen, um für ein besseres Umfeld für das Aufwachsen der Kinder zu sorgen. Dabei kann zwischen der realen Sorge und der vermeintlichen Benachteiligung durchaus eine klaffende Lücke bestehen, in der Analyse der Wohnortswahl ist die subjektive Befürchtung,

durch die Nachbarschaft Benachteiligungen zu erfahren, entscheidend. Da es sich hierbei nicht nur um Individualentscheidungen handelt und sich vielmehr diese Umzugsentscheidungen summieren und anhand von Kriterien der sozialen Zugehörigkeit gestalten, handelt es sich bei der Wohnortswahl um einen gesellschaftlichen Prozess, der den individuellen Umzügen eine eigene Qualität verleiht: Nachbarschaften werden dadurch sozial entmischt und soziale Gruppen konzentrieren sich in bestimmten Stadtteilen. Dies bezeichnet man als Segregation (vgl. Farwick 2011) und damit ergibt sich die Problematik ungleicher Lebensbedingungen in den unterschiedlichen, segregierten Stadtteilen, womit der oben ausformulierte Anspruch gleichwertiger Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern in Frage gestellt wird.

Segregation in deutschen Städten

Die Problematik der Segregation ist jedem Bewohner einer Stadt bewusst. Der Alltag wird danach eingerichtet, welche Räume in der Stadt zur Verfügung stehen, um die individuellen Bedürfnisse und Ansprüche verwirklichen zu können. Dies betrifft nicht nur das Wohnen an einem Ort, sondern vor allem auch der Zugang zur Arbeit und zu den Bildungseinrichtungen. Je stärker die Grenzen zwischen einzelnen sozialen Gruppen räumlich verlaufen, desto schwieriger wird sich der Alltag bewältigen lassen und desto mehr ist man auf die Möglichkeiten „vor Ort“, d.h. in der Nachbarschaft angewiesen. Mit zunehmender Segregation ist die Lebensgestaltung von den eigenen finanziellen, aber auch sozialen, kulturellen und psychologischen Ressourcen abhängig. Seit dem Entstehen der modernen Großstadt wird daher die Segregation als kritisch angesehen und wird diese als Ursache sozialer Konflikte und Probleme betrachtet. Dabei ist zu beachten, dass nicht jede Form der Segregation als solche problematisch ist, insofern zum Beispiel die Konzentration von sozialen Gruppen teilweise auch deren Selbsthilfe fördern kann. Dies setzt allerdings voraus, dass es so etwas wie ein gemeinschaftliches Nachbarschaftsleben gibt. In den unterschiedlichen Studien, die zum Thema Segregation erarbeitet wurden, wird hingegen eine große Varianz der unterschiedlichen Formen und Auswirkungen der Segregation sichtbar und vor allem auch, dass es keinen Automatismus zwischen segregiertem Stadtteil und sozialer Benachteiligung, also auch nicht zwischen benachteiligter Nachbarschaft und (schulischem) Erfolg des Einzelnen gibt. Zu untersuchen wäre vielmehr, welche Möglichkeiten schulischer, stadtplanerischer und sozialpolitischer Art vorhanden wären, eben gegen die Verkettung von benachteiligtem Stadtteil und erschwerter Kindheit zu wirken.

Um diese Debatte führen zu können, ist es zunächst allerdings notwendig, sich über das Ausmaß und die Formen der Segregation in deutschen Städten zu verständigen. Hierzu kann festgestellt werden, dass es zwar unterschiedliche Sichtweisen zu der Entwicklung einzelner Stadtteile gibt, dass aber im Großen und Ganzen eine relative stabile Situation in den deutschen Großstädten vorliegt und dass ein Alarmismus im Sinne einer Ghettoisierungsangst sicherlich nicht angemessen ist. Ohne Zweifel verweisen die vorhandenen Daten nicht auf eine drastische Verschlechterung hin und belegen eine im internationalen Vergleich relativ moderate, wenn nicht gar geringe soziale Segregation. Verschiedene Autoren haben immer wieder vor einer Zunahme der Segregation gewarnt, jedoch ist für Deutschland eher auffallend, dass es trotz zunehmender Verarmung, wie in den Armutsberichten der Bundesregierung nachzulesen, eben keine schnelle Auseinanderdifferenzierung der Stadt nach Arm und Reich gibt. Sicherlich können hierbei die Leistungen des Wohlfahrtsstaat und auch des Mietrechts in Anbetracht gezogen werden, die eine Gleichung Arbeitslos=Arm=Obdachlos, wie in anderen Ländern eher anzutreffen, nicht in Kraft treten lässt. Zudem ist eine reine Fokussierung auf die Einkommens- und Wohnsegregation für das Verständnis der deutschen Städte und ihren Segregationsmustern nicht hinreichend. Wie die Abbildungen des Bundesamts für Bau- und Raumforschung zeigen, überkreuzt sich die Armutssegregation mit der

demographischen und der ethnischen Segregation. Die deutschen Städte erleben in dieser Hinsicht seit etwa 30 Jahren, dass die Segregation der Senioren nachweislich zunimmt, während die der „Jungen“ (unter 30) deutlich abnimmt. Diese Konzentrations- und Dekonzentrationsprozesse sind wiederum sehr vielschichtig und lassen sich nicht nur durch die zahlenmäßigen Veränderungen (mehr Alte, weniger Junge) erklären. Die veränderte gesellschaftliche Bedeutung von beiden Lebensphasen führt wohl vor allem dazu, dass ältere Menschen weniger oft mit jüngeren, die auf dem Wohnungsmarkt mobiler geworden sind, zusammen leben. Dennoch bewegt sich diese demographische Segregation im Vergleich zur ethnischen auf relativ niedrigem Niveau. Die ethnische Segregation aber, ebenfalls ungeachtet der Zunahme der prozentualen Zunahme der Menschen mit Migrationshintergrund in den meisten deutschen Großstädten, hat - auch dies erklärungsbedürftig und im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung - eher abgenommen.

Wenngleich für Deutschland sozusagen eine gewisse Nüchternheit über das Thema angemessen erscheint, sollten die Effekte von Segregation und die aktuellen Tendenzen der Segregation in deutschen Städten nicht verharmlost werden. Im Resultat stellen sich nach wie vor - und dies, wie wir seit PISA wissen - sogar mehr als in anderen europäischen Ländern den meritokratischen Anspruch des Landes in Frage. Segregationsprozesse lassen sich in Deutschland eher auf kleinteiliger Ebene, etwa mit Bezug zu einzelnen Straßen und Blocks, nachweisen und lassen dort durchaus teilweise erhebliche Konzentrationen einzelner sozialer Gruppen sichtbar werden. Diese Wahrnehmung unterstützt die öffentliche Besorgnis um „Parallelgesellschaften“, da es sich hierbei um teilweise verinselte und mit der sonstigen Nachbarschaft wenig angeschlossene Areale zu handeln scheint. Vorsicht ist allerdings geboten, da es sich hierbei zumeist um eine Außensicht auf diese Wohngebiete handelt und die Sichtweise der Betroffenen in dieser Hinsicht oftmals nicht eingeholt und berücksichtigt wird. Die Diskussion um die „Parallelgesellschaften“ in diesen statistisch dann als gemischt geltenden Stadtteilen überlagert und verdrängt zumeist aber die stadtsoziologische Analyse der gesamtstädtischen Veränderung der Sozialgeographie, die mit der Aufwertung der Stadtzentren und einer Verlagerung/Verdrängung von einkommensschwächeren Gruppen einher geht. Dieser als „Gentrifizierung“ (Veredelung) bezeichnete Prozess verläuft oftmals und zumeist vorerst über die soziale und kulturelle Nutzung eines Stadtteils und hat nicht per se eine Verdrängung der (armen) Bewohnerschaft zur Folge, teilweise kann diese auch von diesem Prozess profitieren.

Segregation und Nachbarschaft

Das Aufwachsen in einem benachteiligten Stadtteil stellt gesellschaftlich ein Problem dar, wenn damit verbunden ist, dass das einzelne Kind dadurch weniger Chancen hat, sich in der Gesellschaft nach eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Dies setzt voraus, dass es die Chancen haben muss, in gleicher Weise ins Schulleben zu starten und in der Schullausbildung das höchste Schulniveau erreichen zu können. In dieser Hinsicht sind zwei Zeitpunkte für die Realisierung der Chancengleichheit entscheidend: die Einschulung und der Übergang zu den weiterführenden Schulen. Hierbei wäre vorauszusetzen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Stadtteilen zum Zeitpunkt der Einschulung in einer ähnlichen Konstitution verkehren wie Kinder aus durchschnittlichen oder besser gestellten Nachbarschaften. Hinsichtlich der Fortsetzung der Schullaufbahn, also dem eventuellen Wechsel auf ein Gymnasium, wäre zu erwarten, dass Kinder aus den sogenannten Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf in etwa gleicher Weise eine Chance haben, ihre Schullaufbahn gymnasial fortzusetzen. Letzteres unterstellt, dass die vierjährige Grundschulzeit eine entsprechend aktive Herstellung der gleichwertigen Lernmöglichkeiten vollzieht.

Die statistische Befundlage mit Bezug auf das Verhältnis von Segregation zu Nachbarschaft ist in vieler Hinsicht nicht befriedigend, da sie keine differenzierten Analysen, die Aufschluss über faktorielle Zusammenhänge (etwa zu Familienstatus etc.) zulässt. Dennoch kann sie deskriptiv in der Weise genutzt werden, dass die aufgestellten Erwartungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Ausgangslage der Kinder in einem benachteiligten Stadtteil und der ausgleichenden Rolle der Grundschule in Frage gestellt werden muss. In den Graphiken, die Klaus Peter Strohmeier für Essen und Gelsenkirchen erstellt hat (vergl. Literaturangabe), wird zweierlei deutlich: In Essen spiegelt die überdurchschnittliche Attestierung von gesundheitlichen Mängeln bei der Schuleingangsprüfung die sozialgeographische Dualität der Stadt in einen eher reichen Süden und einen sozial benachteiligten Norden geradezu stereotyp wider. Mit anderen Worten, die Essener Schulärzte attestieren bereits bei Schulbeginn die Ungleichheit der gesundheitlichen Ausgangslage entsprechend der nachbarschaftlichen Herkunft. Wie Strohmeier (a.a.O.) ebenfalls darlegt, handelt es sich hierbei in erster Linie um gesundheitliche Nachteile, die durch einen entsprechenden Lebensstil (wenig Bewegung, starker Medienkonsum) nahe gelegt werden, womit die Wahrscheinlichkeit eines rein zufälligen Zusammenhangs sich verringert. Für Gelsenkirchen wird überdeutlich, dass Kinder aus der sozial eher stabilen Neustadt und anderen südlicheren Nachbarschaften überdurchschnittlich oft auf das Gymnasium wechseln, während Grundschüler aus Stadtteilen wie Bismarck und Schalke mit einer hohen Armuts- und Arbeitslosenquote (hier: Sozialhilfedichte) weit unterdurchschnittlich eine gymnasiale Empfehlung erhalten.

Die beiden Beispiele aus dem Ruhrgebiet verweisen auf die Langzeiteffekte, die sich durch die Segregation von Nachbarschaften einstellen können. Beide Städte sind durch einen langanhaltenden Strukturwandel gekennzeichnet und die Frage nach der Repräsentativität stellt sich insbesondere mit Bezug auf Städte, die eine flexiblere Sozial- und Wirtschaftsgeographie haben. Hierbei kann Frankfurt am Main wegen seiner großen Bewohnerfluktuation als Beispiel einer Stadt mit hoher Dynamik angesehen werden. Wie anhand der unten stehenden Tabelle gezeigt wird, so deutet sich anhand der vom Autor anhand der Zahlen des Frankfurter Berichts über die „Kindergesundheit in Frankfurt“ des Stadtgesundheitsamts gegenübergestellten Daten eine Differenzierung des Bildes der Ruhrstädte an. Erwartungsgemäß ist zwar der Vorsorgestatus der Erstklässler im sozial benachteiligten Bahnhofsviertel entsprechend niedrig und im besser gestellten Kalbach entsprechend hoch, aber die Beispiele Gallus und Westend-Süd verdeutlichen, dass sich bei etwa ähnlicher (wenn auch geringfügig besserer bzw. schlechterer) Arbeitslosendichte der erwartete Zusammenhang nicht mehr einstellt. Über die Ursachen hierfür lassen sich unterschiedliche Hypothesen aufstellen, wobei die Bevölkerungsdynamik nicht zwingend als dominanter Faktor anzusehen ist. Das Beispiel widerlegt aber in jedem Fall eine fatalistische Lesart, wonach die Sozialgeografie einer Stadt unausweichlich auch die Benachteiligung von Kindern in sozial schwächeren Stadtteilen bedeuten muss. Es stellt sich umso dringender die Frage nach den Handlungsspielräumen.

Stadtteil	% vollständiger Vorsorgestatus 6-7-Jährige	% spez. Arbeitslosendichte
Kalbach	73	2,3
Westend-Süd	52	3,0
Bahnhofsviertel	38	11,9
Gallus	50	9,9

Politische Handlungsspielräume

Ursächlich wäre eine Neutralisierung der Effekte von Segregation wohl nur zu erreichen, in dem die Segregation in ihrer soziologischen Dimension wahrgenommen wird. Dazu wären Abgrenzungspraktiken zu verhindern, die Distanzierungsgewinne durch Wohnortwechsel verhindern. Eine solche anspruchsvolle gesellschaftspolitische Perspektive erfordert vielschichtige Ansätze, breitere Akteurskonstellationen und einen gesellschaftlichen Konsens. Weder an Schulen noch an einzelne sozialpolitische Programmatiken wären eine solche Aufgabe zu delegieren. Angesichts vieler Diagnosen hinsichtlich der Fragmentierung der (post-)modernen Gesellschaft kann erheblicher Zweifel an der Erreichbarkeit einer solchen politischen Ursachenbekämpfung bestehen. Die Anerkennung der Vielschichtigkeit einer Anti-Segregationspolitik und ihrer räumlichen Dimension ist dennoch durchaus in der Gesellschaft vorhanden. Hierfür sind als Nachweise die internationalen Beispiele für „area based approaches“ (Eckardt/Atkinson, 2004) anzuführen, in denen holistische Nachbarschaftspolitiken in den letzten zwei Jahrzehnten in vielen Ländern entwickelt worden sind. Deutschland hat mit dem Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt“ ein solches Instrumentarium entwickelt, das mit der Übernahme ins Baugesetzbuch nachhaltig den selbstgestellten Anspruch einer sozialen Stadtentwicklung im Sinne einer stadtteilbezogenen Politik festgeschrieben hat. Nach Angaben des zweiten Evaluationsberichts des Deutschen Instituts für Urbanistik handelt es sich bei diesem Programm in erster Linie, konform mit den programmeigenen Vorgaben, um eine städtebaulich-stadtentwicklerische Politik, die lokal in erster Linie vom Stadtplanungsamt ausgearbeitet wird. Die Prioritäten liegen zumeist in der Verbesserung des Wohnumfelds und der öffentlichen Räume (96,4 %), Soziale Infrastruktur (96,0 %), Image und PR (88,0 %). Verbunden hiermit ist die Zielstellung des Empowerments (90 %). Als Zielgruppen des Programms werden prominenter Weise die Jugend (94 %), Kinder (86 %) und Migrant*innen (75 %) aufgeführt.

Aus der Analyse der Programmatik und ihrer institutionellen Einbindung geht die Fehlinterpretation hervor, dass die Ursächlichkeit der Problematik segregierter Stadtteile in ihrem lokalen, teilweise lediglich städtebaulichen Kontext begründet liegt. Wenn tatsächlich die Jugendlichen und Kinder als wichtigste Zielgruppe erreicht werden sollen, dann lassen sich die hier aufgeführten Prioritäten nur in der „indirekten“ Adressierung derer Problemlagen verstehen. An der oben dargestellten Problematik der benachteiligten Ausgangslage bei Einschulung und deren Zementierung durch die Grundschulen ändert dies nichts. Die Diskussion um die Bedeutung der „Sozialen Stadt“ (vgl. Hanisch, 2011) erfordert daher eine weiter zu differenzierende Analyse und Betrachtung der konkreten Umsetzung. Das Thema „Schule und Bildung im Stadtteil“ stellt lediglich eins von elf inhaltlichen Handlungsfeldern des Bund-Länderprogramms dar. In der Selbst-Identifikation der 610 geförderten Praxisbeispiele geben 56 Projekte an, sich diesem Handlungsfeld zuzuordnen. Die Lektüre der einzelnen Projektbeschreibungen ergibt ein äußerst diverses Bild. Aufgrund der dort aufgeführten unterschiedlichen Aktivitäten, Partner, Aktionsziele, Laufzeiten und städtischen Kontexte lassen sich im Grunde keine verallgemeinernde Kategorien aufstellen, die einen Vergleich ermöglichen würden, um etwa den Impact dieser Projekte zu kennzeichnen. Auffallend ist allerdings die unterschiedliche Tiefe, mit dem das Handlungsfeld in Angriff genommen wird. Die meisten Projekte sehen eine punktuelle Förderung einzelner Baumaßnahmen in Schulen vor. So hat der „Hühnergarten“ im Düsseldorfer Stadtteil Oberbilk eine Zusammenarbeit von lokalen Firmen und der Jugendberufshilfe ermöglicht, die mit der Anlage eines Schulgartens die Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher unterstützen möchte. Des Weiteren wurden Projekte aufgenommen, die relativ unterrichtsnah sind. So etwa das Projekt „Liga-Fußball“ in Bottrop-Lehmkuhle, mit dem über den Sportunterricht hinaus nicht-ethnische Orientierungsangebote durch Identifikation mit der Schule und heterogenen Fußballmannschaften gemacht werden. Direkter auf die Benachteiligungen der Kinder und

Jugendliche bezogen hingegen sind eher Projekte zu verorten, die über die Bildungssituation der Eltern Anknüpfungspunkte suchen. Für viele sei hier auf beispielsweise das Projekt „Frauen-Leben in Vicelinviertel“ in Neumünster verwiesen, wo gezielt Mütter mit Migrationshintergrund in ihrer pädagogischen Rolle unterstützt werden sollen. Selten und eher die Ausnahme bilden Projekte, die tatsächlich eine eher holistische und nachhaltige Programmatik verfolgen. Zu nennen ist etwa das in Schafflung verfolgte Konzept „Vom Lernort zum Lebensort“, mit dem eine Realisierung eines umfassenden Bausteine-Katalogs im Bereich Freizeitgestaltung, Arbeitswelt, Schulprogramm, Weiterbildung und weiteren pädagogischen Schwerpunkten anvisiert wird.

Aber nur diese Projekte kämen eigentlich den Notwendigkeiten entgegen, die sich aus der pädagogischen Forschung zu den sozialpsychologischen Möglichkeiten der Gestaltung der Beziehung von Schule und Lebensraum, insbesondere in benachteiligten Nachbarschaften, ergeben und von denen zu erwarten ist, dass sie den Zyklus vom Aufwachsen im sozial schwachen Stadtteil und der gesellschaftlichen Fortsetzung der Benachteiligungsgeographie durch Chancenungleichheit durchbrechen. Wie Mack, Raab und Rademacker (2003) in ihrer empirischen Studie schon im Jahr 2003 aufzeigten, gilt es, die Bedeutung der Nachbarschaft als Erfahrungsraum zu verstehen, in der eine kognitive und räumliche Orientierung und emotionale Fixpunkte gegeben sein müssen, damit der Aufwachsende sich genügend sicher fühlt, um sich als Lernender auch zu erfahren und seine eigene Gedanken, Ideen und Vorstellungen über sein Umfeld, den sie oder ihn umgebenden Institutionen und Personen reflektieren und aushandeln zu können. Wie nicht zuletzt aus der Resilienz-forschung (vgl. Gahleitner, 2011) auch immer wieder betont wird, Kinder aus von gesellschaftlicher Überforderung geprägten Familien benötigen aber vor allem in ihrer Schule und Nachbarschaft alternative Rollenangebote. Politische Handlungsspielräume müssten deshalb in erster Linie dazu genutzt werden, das institutionelle Umfeld in der Weise zu ändern, damit Kinder und Jugendliche, Nachbarschaft und Schule in dieser Weise erfahren könnten.

Literaturangaben:

Eckardt, Frank und Rob Atkinson: European Urban Regeneration Policies. In: Frank Eckardt/ Peter Kreisl (eds) City Images and Urban Regeneration. Frankfurt: Peter Lang, 2004

Farwick, Andreas: Segregation. In: Frank Eckardt (Hg.) Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011

Gahleitner, Birgitta: Klinische Sozialarbeit: Gefährdete Kindheit - Risiko, Resilienz und Hilfe. Psychiatrie-Verlag, 2011

Hanesch, Walter (Hrsg.) Die Zukunft der „Sozialen Stadt“: Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011

Mack, Wolfgang; Raab, Erich; Rademacker, Hermann Schule, Stadtteil, Lebenswelt: eine empirische Untersuchung. Opladen : Leske + Budrich, 2003

Strohmeier, Klaus Peter: Segregation in den Städten. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006